

Bildungsthema 1/1999:

"Wer hat Deutschland gespalten?"

Vor 50 Jahren wurden die BRD und die DDR gegründet. In diesem Jahr Anlaß für vielfältige - überwiegend einseitige - Äußerungen von bürgerlichen Historikern, Politikern und Medienvertretern. Deshalb ist es nötig, sich aus marxistischer Sicht genauer vor allem auch mit jenen Prozessen zu befassen, die zur Gründung beider Staaten im Rahmen der weltpolitischen Auseinandersetzungen 1945 bis 1949 führten. Zugleich sind viele gesellschaftliche Entwicklungen in der heutigen Zeit, in den letzten Jahren und Jahrzehnten nur dann besser zu verstehen, wenn man die damaligen Vorgänge berücksichtigt.

Schwerpunkte:

- Welche Ausgangslage existierte nach dem 8. Mai 1945?
- Welche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsmöglichkeiten gab es nach dem zweiten Weltkrieg?
- Welche unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen internationaler und nationaler Art gab es zu jener Zeit (weltpolitisch, militärisch, ökonomisch)?
- Wie, wieso und durch wen wurden in den Westzonen die alten Macht- und Eigentumsverhältnisse wiederhergestellt?
- Wie verlief die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der SBZ?
- Wie und warum kam es zur Gründung der DDR?
- Welche unterschiedlichen Entwicklungschancen hatte jeder der beiden deutschen Staaten?

(Bildungskommission der DKP)

Von der Befreiung vom Faschismus bis zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland

Zwischen der totalen Kapitulation Hitler Deutschlands am 8. Mai 1945 und dem Ende der Arbeit des Parlamentarischen Rates zur Ausarbeitung des Grundgesetzes liegen auf den Tag genau vier Jahre. Brachte der 8. Mai 1945 auch dem deutschen Volk die Befreiung vom Faschismus, so wurde mit der Bildung der Bundesrepublik ein entscheidender Schritt zur Wiederherstellung der alten Besitz und Machtverhältnisse im größeren und wirtschaftlich stärkeren Teil Deutschlands getan und zugleich die Spaltung Deutschlands für vier Jahrzehnte besiegelt. Nicht mehr die gemeinsam verkündeten Ziele der Anti-Hitler-Koalition, sondern der Kalte Krieg bestimmte die folgenden Jahrzehnte. Zugleich wurden nicht nur die unterschiedlichen Klassenpositionen zwischen den Siegermächten sichtbar, sondern auch deutlich, wie weit antifaschistische Gemeinsamkeiten zwischen den deutschen Parteien reichten und wo sie auseinander gingen.

1. Vom Potsdamer Abkommen zu den Londoner Empfehlungen

Bei der Diskussion des Themas sollte auf die Ergebnisse des Potsdamer Abkommens eingegangen werden. Als gemeinsame Ziele der Besatzungspolitik wurden 1945 festgelegt:

- die völlige Entmilitarisierung mit dem Ziel, zu verhindern, daß von Deutschland jemals wieder ein Krieg ausgehen kann
- die Entnazifizierung, d.h. die Auflösung aller Gliederungen der NSDAP und des faschistischen Terrorapparates, Verhaftung, Verurteilung oder Internierung der Hauptschuldigen und Belasteten Nazis
- die Demokratisierung der Verwaltung, Ausschaltung der Nazibürokratie, Heranziehung von Antifaschisten, Zulassung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften
- das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermächtigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen.

Die Regierungsgewalt ging an den Alliierten Kontrollrat über, der nur gemeinsam alle ganz Deutschland betreffenden Fragen entscheiden konnte. Die Durchführung der Beschlüsse des Kontrollrats oblag den Befehlshabern der Besatzungszonen.

Die Grenzen der Besatzungszonen und der Berliner Sektoren wurden endgültig festgelegt. Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung "aus den ehemals deutschen Gebieten" östlich von Oder und Neiße, sowie aus der CSR und Ungarn gemeinsam beschlossen.

Zur Sicherung einer gleichmäßigen Entwicklung sollen möglichst bald deutsche Zentralverwaltungen unter der Oberhoheit des Kontrollrats geschaffen werden.

Das Potsdamer Abkommen enthält die zwei Grundgedanken:

...das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden... ... die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen....

Trotz des Potsdamer Abkommens und wichtiger gemeinsamer Proklamationen des Kontrollrates entstehen bald unterschiedliche Bedingungen für die antifaschistisch demokratische Entwicklung in den Besatzungszonen:

Obwohl das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats vom 20. 12. 1945 und die Direktive Nr. 38 des Kontrollrates vom 12. Oktober 1946 - beide beschäftigen sich mit der Bestrafung der Hauptschuldigen des Nazisystems - die Enteignung des Vermögens der Hauptschuldigen und Belasteten des Naziregimes vorsieht, erfolgen in den Westzonen keine Enteignungen, selbst verurteilte Kriegsverbrecher wie Krupp, Flick u.a. Nutznießer und Beteiligte an Naziverbrechen behalten ihr Vermögen. In der sowjetischen Zone geht deren Vermögen in Volkseigentum über.

- die Parteien und Gewerkschaften werden erheblich später zugelassen als in der SBZ. Der Aufbau der Verwaltungen erfolgt weitgehend unter Heranziehung von "Fachleuten" die schon den vorhergehenden Systemen treu dienten.
- Die Entnazifizierung wird bürokratisiert, dient mehr der Einschüchterung politischer Aktivitäten als deren Ermunterung. Mit dem 131. er Gesetz 1951 erhalten alle Nazibeamten, mit Ausnahme der wenigen Hauptbelasteten, das bevorzugte Recht auf Wiedereinstellung in den Staatsdienst bei gleichzeitigen Berufsverbot gegen Kommunisten und andere Linke im öffentlichen Dienst.
- eine Bodenreform wird verhindert, damit auch die Eingliederung der aus den früheren deutschen Gebieten Ausgewiesenen behindert

In all diesen Maßnahmen erweisen sich die Besatzungsmächte als Schutzmacht für die Sicherung der Kapitalbesitzer, selbst dort, wo deren Vermögen zeitweilig beschlagnahmt wird und einige der Konzern und Bankherren auch verhaftet werden.

2. Kalter Krieg und beginnende Spaltung

Am 6. September 1946 kündigte der damalige Außenminister der USA Byrnes in einer Rede in Stuttgart an, daß seine Regierung sich nicht mehr an die Potsdamer Beschlüsse gebunden fühle. Mit seiner Erklärung gegen die Oder-Neiße Grenze erhielten die revanchistischen Stimmungen eine deutliche Unterstützung.

Die Fulton-Rede Churchills und die Truman-Doktrin mit ihrer roll back Strategie machten das Ende antifaschistischer Gemeinsamkeiten der vier Alliierten deutlich. Die Sowjetunion wurde offen zum neuen Hauptfeind.

Der 1947 verkündete Marshallplan wurde zum Hauptinstrument der Stabilisierung der zeitweilig auch in den Ländern Westeuropas erschütterten Macht des Großkapitals.

Unter offenem Bruch der Viermächte-Verantwortung für alle Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen traten in London vom 23.2. bis zum 6.3. und vom 20.4. bis zum 2.6.1948 Außenministerkonferenzen zusammen, an denen neben den USA, Großbritannien und Frankreich auch die BENELUX Staaten beteiligt waren. Aus diesen beiden Konferenzen wurden die Londoner Empfehlungen beschlossen, die die Bildung eines nur die drei Westzonen umfassenden deutschen Staates vorsahen. Da sich die westlichen Vertreter im Alliierten Kontrollrat weigerten, den sowjetischen Vertreter im höchsten gemeinsamen Organ auch nur über die gefaßten Beschlüsse zu informieren, endet die Tätigkeit des Kontrollrates.

Die Spaltungspolitik der Besatzungsmächte war nicht möglich ohne die Unterstützung deutscher Politiker. Gemeinsames antifaschistisches Handeln in den ersten Monaten nach der Befreiung wich auch hier bald, wenn auch sehr differenziert, den Bedürfnissen des Kalten Krieges.

Das wirft die Frage auf, worin denn überhaupt Gemeinsamkeiten bestanden und woran sich Gegensätze entwickelten.

3. 1948 entscheidendes Jahr für die Spaltung Deutschlands

Noch vor dem Ende der Londoner Konferenzen und der Bildung des Parlamentarischen Rates wurden auf Anordnung der Militärbefehlshaber der USA und Großbritanniens - später auch unter Einbeziehung Frankreichs - alle Grundstrukturen des neuen Staatsapparates geschaffen. Im ersten Halbjahr 1948 entstanden:

- ein auf 104 Abgeordnete erweiterter und mit größeren Vollmachten versehener Bizonen-Wirtschaftsrat als Vorläufer eines Parlaments
- eine Länderkammer aus Vertretern der Landesregierungen (Vorläufer des Bundesrats)
- ein Direktorium des Wirtschaftsrates mit Weisungsrechten gegenüber den Ländern als Vorläufer einer Bundesregierung. Alle Direktoren gehörten der CDU an außer Ludwig Erhard, der damals noch als Parteiloser galt.
- ein oberstes Gericht für die Westzonen
- die Bank deutscher Länder als Zentralbank mit dem Recht der Notenemission

Damit bestanden alle wichtigen Institutionen des künftigen Staates auf alliierter Befehl. Zugleich fiel eine Vorentscheidung zu Gunsten der CDU. Die SPD verzichtete auf die Kandidatur für die Direktorenposten, da sie die Maßnahmen der Militärbehörden zwar akzeptierte, aber dafür keine Verantwortung tragen wollte. Am 20. Juni 1948 wurde ohne vorherige Konsultation mit der sowjetischen Besatzungsmacht für die Westzonen eine Währungsreform durchgeführt. Ihre Einführung auch in den Westsektoren Berlins führte zur Unterbrechung der Landverbindungen nach Westberlin durch die sowjetischen Behörden, zu "Luftbrücke", zur Spaltung der Stadt und zur Spaltung der einheitlichen Gewerkschaften.

Mit Zustimmung aller Parteien (außer der KPD) und der DGB Führung wurden die Westzonen Deutschlands in den Marshallplan einbezogen. Damit wurden alle Pläne zur Beseitigung der Macht des Kapitals illusorisch.

4. Von den Londoner zu den Frankfurter Empfehlungen - Der parlamentarische Rat

Am 1. Juli 1948 wurden in Frankfurt a. M. die 11 Ministerpräsidenten der Länder der westlichen Besatzungszone zusammengerufen. Die Militärgouverneure erteilten ihnen eine "Weisung", später höflicher Frankfurter Empfehlungen genannt, mit denen die Beschlüsse der Londoner Konferenzen umgesetzt wurden. Die Ministerpräsidenten wurden angewiesen:

1. eine verfassunggebende Versammlung für die drei westlichen Zonen einzuberufen,
2. das Verfahren festzulegen, nach dem die Abgeordneten zu dieser Versammlung in den Ländern gewählt werden sollten
3. Grenzänderungen zwischen den einzelnen Ländern zu diskutieren

Der zu bildende Staat mußte föderalistisch sein. Die Verfassung mußte von den Besatzungsmächten zunächst genehmigt werden, bevor sie in Kraft treten konnte. Zugleich wurde ein Besatzungsstatut angekündigt, das nach Annahme einer Verfassung auch weiterhin die Rechte der Besatzungsmächte sicherte. Nach zwei Beratungen stimmten die Ministerpräsidenten der Weisung zu, obwohl ihnen klar war, daß damit die Spaltung Deutschlands vollzogen wurde. Allerdings hatten sie einige Änderungswünsche, die von den Besatzungsmächten akzeptiert wurden.

1. Um den provisorischen Charakter der Staatsgründung zu unterstreichen sollte keine Verfassung, sondern nur ein Grundgesetz erarbeitet und beschlossen werden;
2. Es sollten keine Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung erfolgen, sondern nur ein von den Landtagen zu wählender Parlamentarischer Rat mit nur 65 Abgeordneten entstehen;
3. Das Grundgesetz sollte nicht dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden, sondern nur von den Landtagen ratifiziert werden.

Alle drei Wünsche machen deutlich, daß das deutsche Volk möglichst weitgehend von jeglicher Mitsprache ausgeschlossen werden sollte. Zugleich bedeutete die kleine Abgeordnetenzahl auch, daß die kleineren Parteien möglichst wenig einbezogen waren. Ein auch von den Besatzungsmächten bevorzugtes Zwei-Parteien-System sollte so gefördert werden. CDU/CSU und SPD hatten auch bei wenigen Mandaten das Recht, in allen Landtagen berücksichtigt zu werden, sie erhielten so je 27 Mandate. Die FDP erhielt 5, KPD und Zentrum hatten nur in NRW einen Anspruch auf je zwei Mandate, ebenso die DP in Niedersachsen. Der Parlamentarische Rat entsprach in dieser Zusammensetzung nicht dem damaligen, bei den vorhergehenden Landtagswahlen sichtbar gewordenen Kräfteverhältnis der Parteien.

Ein noch kleineres Gremium, der Konvent von Verfassungsexperten, der auf der Insel Herrenchiemsee tagte, erarbeitete einen ersten Entwurf des Grundgesetzes, der zur Grundlage der Beratungen des parlamentarischen Rates wurde. Der Parlamentarische Rat nahm am 1. September seine Beratungen auf. Vorsitzender wurde Konrad Adenauer, Vorsitzender des Hauptausschusses Carlo Schmidt. Am 8.5.49 wurde das Grundgesetz mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen (Gegenstimmen 6 CSU, je 2 von der KPD, der DP und dem Zentrum).

Es sollte darauf eingegangen werden, warum sich Kommunisten überhaupt an der Arbeit des Parlamentarischen Rates beteiligten, obwohl sie in ihm ein Instrument der Spaltung Deutschlands sahen und bei der gegebenen Zusammensetzung kaum Chancen bestanden, eigene Positionen durchzusetzen (*siehe auch den ausführlichen Beitrag G. Judicks im Reader zum Bildungsthema*)

Für die Herrschenden in der neuen Bundesrepublik wurden die Bestimmungen des GG bald zu eng. Wo immer sie das Grundgesetz veränderten, ging das zu Lasten der einfachen Menschen unsres Landes. Wo immer Grundrechte verteidigt wurden, hielten Kommunisten das von Max Reimann gegebene Versprechen. Das war so beim Kampf gegen die Wiederaufrüstung, gegen atomare Bewaffnung, gegen die Notstandsgesetze, gegen KPD Verbot und Berufsverbote; richtet sich heute gegen die neuen Weltmachtpläne und den verfassungs- und völkerechtswidrigen Einsatz der Bundeswehr, gegen die praktische Aufhebung des Asylrechts, gegen die rechtswidrige Verfolgung verantwortlicher DDR Politiker, gegen den Schnüffelstaat u.v.a. mehr

Könnte anhand der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Nachkriegszeit und den ersten Jahren der BRD diskutiert werden, warum die BRD von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wurde (*siehe auch den ausführlichen Beitrag G. Judicks im Reader zum Bildungsthema*)

Dabei sollte zugleich diskutiert werden, daß die Bildung der BRD von der großen Mehrheit ihrer Bürger akzeptiert obgleich sie zur Verfassung und zur Bildung des Staates nicht gefragt wurden. Es gelang der KPD und ihren Verbündeten nicht, eine ausreichend starke außerparlamentarische Bewegung gegen die Spaltung und gegen die Restaurierung der alten Besitz- und Machtverhältnisse zu schaffen. (Nach einem ausführlichen Beitrag Günter Judicks, siehe Reader zum Bildungsthema)

Der Reader, der über die Bezirksvorstände der DKP bzw. den Parteivorstand erhältlich ist, enthält neben einer Zeit- tafeln einen Dokumententeil sowie Beiträge von Günter Judick und Erich Selbmann (Gründung der DDR) zum Thema.

Nina Hager